



VERGABEUNTERLAGEN

70/26/55

Brücken bauen (Maßnahme im Sinne des § 16a SGB II)

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Landkreis Rotenburg (Wümme)

Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme), Deutschland

22.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	2
631_UVgO_Aufforderung_zur_Abgabe_eines_Angebots.....	2
632_Bewerbungsbedingungen.....	6
633_UVgO_Angebotsschreiben_ohne_Losen.pdf	8
635_Zusaetzliche_Vertragsbedingungen_Liefer-Dienstleistungen	10
Besondere Vertragsbedingungen NTVergG-Dienstleistung_2.....	11
Eigenerklärung_sozial_UVgO	15
Erklärung zum NTVergG P4 Abs 1_01-25	16
01_ VU_Brücken bauen	17
Produkte/Leistungen	34
Eignungskriterien.....	35
Leistungskriterien	36
Anlagen	37

Die wichtigsten Informationen zum Verfahren

Grundsätzliches:

Auftraggeber:	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vergabenummer/-name:	70/26/55 - Brücken bauen (Maßnahme im Sinne des § 16a SGB II)
Kurzbeschreibung:	Leistungsgegenstand ist die Konzeption und Durchführung von Leistungen im Sinne des § 16 a SGB II im Auftrag des Landkreises Rotenburg (Wümme). Ziel der Maßnahme „Brücken bauen“ ist die strukturierte Heranführung und Überleitung der Teilnehmenden in geeignete Angebote des regionalen Hilfesystems. Der Auftragnehmer übernimmt hierbei eine steuernde und koordinierende Lotsenfunktion. Eine eigenständige psychosoziale, therapeutische oder beratende Behandlung findet nicht statt. Detaillierte Angaben finden Sie in der Leistungsbeschreibung.
Vergabeart:	Öffentliche Ausschreibung gemäß UVgO
Liefer-/Ausführungsort:	27.... Rotenburg, Zeven, Bremervörde
Losweise Vergabe:	Nein
Nebenangebote:	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Zuschlagskriterium:	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Einfaches Preis/Leistungs Verhältnis
Ausführungsfrist:	von 01.12.2026 bis 30.11.2027
ggf. Anmerkungen:	Plus 2 optionale Vertragsverlängerungen à jeweils 12 Monate.

Angebotsabgabe:

Angebotsfrist:	01.07.2026 10:00:00
Zuschlags-/Bindefrist:	15.09.2026
Form der Angebote:	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

Elektronische Angebotsabgabe:

Sie müssen Ihr Angebot elektronisch über den Angebotsassistenten im Vergabeportal der Deutschen eVergabe abgeben. Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter <https://portal.deutsche-e-vergabe.de> mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an. Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direksuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen. Klicken Sie auf den Projektsafe des gewählten Verfahrens, um nach erfolgter Aktivierung über den Angebotsassistenten direkt zum eVergabe-System zu gelangen. Hier können Sie Ihr Angebot vollelektronisch erstellen und einreichen.

Folgende Signaturen sind zulässig: Textform nach §126b BGB

Die schriftliche Angebotsabgabe ist nicht zugelassen!

Fragen zum Verfahren:

Bieterfragen müssen **bis spätestens 15.06.2026 10:00** eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Die Beantwortung von Fragen erfolgt ausschließlich in Textform über die Bieterkommunikation im Bieterassistenten. Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Bieterantworten werden Teil der Vergabeunterlagen. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Bei Fragen zur Bedienung des Vergabeportals oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte an den Support der Deutschen eVergabe. E-Mail: support@deutsche-evergabe.de oder telefonisch unter +49 (0)611-949106-83. Der Support ist kostenlos.

Umsatzsteuer

Um die Vergleichbarkeit der Angebote herzustellen wird bei der Angebotswertung der zum Zeitpunkt der Angebotswertung gültige Umsatzsteuersatz berücksichtigt. Für die Abrechnung der Leistungen wird der zum Zeitpunkt der Leistungserbringung jeweils geltenden Umsatzsteuersatz zugrunde gelegt.

Vergabestelle

Landkreis Rotenburg (Wümme)

Hopfengarten 2

27356 Rotenburg (Wümme)

Deutschland

Datum der Versendung

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung
 Beschränkte Ausschreibung
 Beschränkte Ausschreibung mit
 Teilnahmewettbewerb
 Verhandlungsvergabe
☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Ablauf der Angebotsfrist

Datum

01.07.2026

Uhrzeit

10:00:00

Bindefrist endet am 15.09.2026

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

(Vergabeverfahren gemäß UVgO)

Bezeichnung der Leistung:

Maßnahmennummer

Maßnahme

Vergabenummer

Leistung

70/26/55

Brücken bauen (Maßnahme im Sinne des § 16a SGB II)

Anlagen**A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:**

- ☒ 632 Bewerbungsbedingungen (Ausgabe 2017)
☐ 227 Zuschlagskriterien
☒ Wertungskriterien gemäß Leistungsbeschreibung

☐☐☐**B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden:**

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Beschreibung, Pläne, sonstige Anlagen
☐ 634 Besondere Vertragsbedingungen
☒ 635 Zusätzliche Vertragsbedingungen (Ausgabe 2017)
☐ 241 Abfall
☐ 244 Datenverarbeitung
☐ 246 Aufträge für Gaststreitkräfte
☐ 247 Aufträge mit besonderen Anforderungen aufgrund Geheimschutz oder Sabotageschutz
☐ 625 NATO Infrastrukturbauten
☒ Bes. Vertragsbedingungen zum Nieders. Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG)

☐☐☐☐☐☐☐☐

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- ☒ 633 Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- ☐ 124_LD Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ 125 Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Teilnehmer
- ☐ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☒ Eigenerklärung zur Eignung
- ☒ Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG
- ☒ Konzept
- ☐

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:

- ☐ 126 Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung – Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

1 Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung

des Landkreis Rotenburg (Wümme)
Hopfengarten 2
27356 Rotenburg (Wümme)

zu vergeben.

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

- ☒ elektronisch über die Vergabepattform
- ☐ in Textform unter nachstehender Anschrift:

Stelle

Straße _____ Fax _____
PLZ/Ort _____ E-Mail _____

3 Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise)

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung (Angebotsschreiben Nummer 6) einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

- ☒ siehe (Auftrags)Bekanntmachung
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

3.2 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen☒ siehe (Auftrags)Bekanntmachung☐☐☐☐**3.3 - frei -****4 Losweise Vergabe**☒ nein

ja, Angebote sind möglich

☐ nur für ein Los☐ für ein Los oder mehrere Lose☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)**5 Nebenangebote****5.1** ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen gilt nicht.**5.2** ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen) -
ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -☐ für die gesamte Leistung☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

☐☐**6 Angebotswertung**

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

☐ Zuschlagskriterium Preis

Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen.

☒ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien

Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.

Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.

Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstatt für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

7 Zugelassene Angebotsabgabe☒ Elektronisch☒ in Textform ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

☐ Schriftlich

Das beigelegte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

☐ siehe Briefkopf☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe

„Angebot für

Maßnahmennummer:	Maßnahme:
Vergabenummer: 70/26/55	Leistung: Brücken bauen (Maßnahme im Sinne des § 16a SGB II)

”

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

8 Nachprüfungsstelle

9

Das Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz findet Anwendung und ist zu beachten.

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte", (Unterschwellenvergabeordnung - UVgO).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden

und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Nebenangebote

4.1 Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden; im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.
- 5.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

6 Eignung

Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder die** ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung für Liefer-/Dienstleistungen“
 - **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)
- vorzulegen.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Stattdessen kann der Nachweis auch durch Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis (z.B. dem durch die Industrie- und Handelskammer eingerichteten PQ-Verzeichnis) oder durch Vorlage eines Zertifikates im Sinne der europäischen Zertifizierungsstandards geführt werden.

Name und Anschrift des Bieters
(Firmenname lt. Handelsregister)

Ort:
Datum:
Tel.:
Fax:
e-mail:
USt.-ID-Nr.:
HR-Nr.:
Registergericht
BlmA-Nummer

(Name und Anschrift der Vergabestelle)

Landkreis Rotenburg (Wümme)

Hopfengarten 2
27356 Rotenburg (Wümme)
Deutschland

Angebotsschreiben

Bezeichnung der Leistung:

Maßnahmennummer Maßnahme

Vergabenummer

70/26/55

Leistung

Brücken bauen (Maßnahme im Sinne des § 16a SGB II)

Anlagen¹, die Vertragsbestandteil werden

- ☐ Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm (Kurz- oder Langfassung) mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ 234 Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Nebenangebot(e)
- ☐ _____
- ☐ _____
- ☐ _____
- ☐ _____

Anlagen¹, die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden

- ☐ 124 LD Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☐ _____
- ☐ _____

¹ vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

- 1 **Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.**

- 2 **Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung beträgt einschl. Umsatzsteuer** _____ **Euro**

- 3 **Anzahl der Nebenangebote** _____ **St.**

- 4 **Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote** _____ **%**

- 5 **Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:**
 - Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Ausgabe 2003,
 - Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B

- 6 **Ich/Wir erklären, dass**
 - ich/wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).
 - ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
 - mir/uns zugegangene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
 - das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
 - falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
 - ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
- ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
- ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen,

wird das Angebot ausgeschlossen.

Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen

1 Art und Umfang der Leistungen (§ 1 VOL/B)

Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für Verpackung, Aufladen, Beförderung bis zur Anlieferungs- oder Annahmestelle und Abladen, wenn in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist.

Der Auftragnehmer hat Packstoffe zurückzunehmen und ggf. auf seine Kosten zu beseitigen. Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Preis für die Leistung abgegolten.

2 Änderung der Leistung (§ 2 Nummer 3 VOL/B)

2.1 Beansprucht der Auftragnehmer aufgrund von § 2 Nummer 3 eine erhöhte Vergütung, muss er dies dem Auftraggeber unverzüglich - möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach - schriftlich mitteilen.

2.2 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die durch die Änderung der Leistung bedingten Mehr- oder Minderkosten nachzuweisen.

3 Ausführung der Leistung (§ 4 VOL/B)

Der Auftraggeber kann sich über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung unterrichten.

4 Güteprüfung (§ 12 Nummer 2 VOL/B)

Verlangt der Auftraggeber eine im Vertrag nicht vereinbarte Güteprüfung, werden dem Auftragnehmer die dadurch entstandenen Kosten erstattet.

5 Abnahme (§ 13 VOL/B)

5.1 Die Lieferung oder Leistung wird förmlich abgenommen.

5.2 Die Gefahr geht, wenn nichts anderes vereinbart ist, auf den Auftraggeber über

- bei Lieferleistungen mit der Übernahme an der Anlieferungsstelle,
- bei Aufbauleistungen mit der Abnahme.

6 Mängelansprüche (§ 14 VOL/B)

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme der Leistung.

7 Rechnungen (§§ 15 und 17 VOL/B)

7.1 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.

Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.

7.2 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

8 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 16 VOL/B)

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen arbeitstäglich Listen in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
- die Gerätekenngößen enthalten.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden. Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

Regelungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben der §§ 13 bis 15 NTVergG

- Vergabe von Dienstleistungsaufträgen -

1. Zahlung von Mindestentgelten

Der Auftragnehmer hat sich verpflichtet, im Fall der Auftragserteilung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) in seinem Unternehmen bei der Ausführung der beauftragten Leistung, die innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zu zahlen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:

- den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG),
- den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
- der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
- aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

Die Pflicht des Auftragnehmers zur Zahlung des Mindestentgelts erstreckt sich auch auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Sinne des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung entliehen sind und bei der Ausführung der Leistung eingesetzt werden. In diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Zahlung von Mindestentgelten auch den Verleihunternehmen aufzuerlegen, die Abgabe der entsprechenden Verpflichtungserklärungen mit diesen zu vereinbaren, von diesen einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen.

Das Mindestentgelt erfasst nur solche Entgeltzahlungen, die zur Abgeltung der im Rahmen der Auftragsausführung erbrachten Arbeitsleistung regelmäßig zu zahlen sind.

Nicht von dem Mindestentgelt erfasst sind vermögenswirksame Leistungen oder Sonderleistungen, die nicht mit der Arbeitsleistung in einem funktionalen Zusammenhang stehen. Auf die entsprechende Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes wird verwiesen, vgl. BAG, Urteil vom 18.04.2012 – 4 AZR 139/10; BAG E 109, 244.

2. Verpflichtung von Nachunternehmen

Der Auftragnehmer ist weiter verpflichtet, die in Ziffer 1 genannten Verpflichtungen zur Zahlung von Mindestentgelten auch den von ihm eingesetzten oder von Nachunternehmen eingesetzten Nachunternehmen aufzuerlegen, die Abgabe der entsprechenden Verpflichtungserklärungen mit diesen zu vereinbaren, von diesen einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen. Die Verpflichtung von Nachunternehmen zur Zahlung des Mindestentgeltes nach Ziffer 1 besteht nur für Leistungen, die das beauftragte Nachunternehmen innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbringen wird. Die Verpflichtungserklärungen können nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 Satz 4, 5 i.V.m. § 8 Abs. 1 NTVergG auch im Wege der Präqualifikation erbracht werden. Vorstehende Verpflichtungen beziehen sich auf die Verpflichtungserklärungen über die Zahlung von Mindestentgelten nach § 4 Abs. 1 NTVergG.

Die Erklärungen sind vor Einsatz des jeweiligen Nachunternehmens einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen.

Die Mindestentgeltverpflichtung bezieht sich jeweils auf das beauftragte Nachunternehmen. Soweit keine Mindestentgeltregelung nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 NTVergG existiert, ist das Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 NTVergG zu zahlen.

Nachunternehmen im Sinne dieser Regelungen sind in der Regel rechtlich selbständige Unternehmen, die von dem beauftragten Auftragnehmer zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung herangezogen werden, die in sich abgeschlossene Teilleistungen bilden und nicht nur untergeordnete Hilfsdienste oder bloße Zulieferungen darstellen. Der Auftragnehmer hat diese rechtliche Einordnung der von ihm zur Ausführung eingesetzten Dritten in eigener Verantwortung zu prüfen. Die Regelung des § 4 Nr. 4 VOL/B bleibt unberührt.

3. Kontrollrechte

3.1. Allgemeines Kontrollrecht des Auftraggebers

Die Vertragsparteien vereinbaren vor dem Hintergrund der Regelung in § 14 Abs. 1 NTVerG ein allgemeines Recht des Auftraggebers zur jederzeitigen Kontrolle, ob der Auftragnehmer und die zur Auftragsausführung eingesetzten Nachunternehmen und Verleihunternehmen die von ihnen im Hinblick auf das NTVerG übernommenen Pflichten erfüllen.

3.2. Kontrollrechte des Auftraggebers und Vertragspflichten des Auftragnehmers im Hinblick auf die Pflicht zur Zahlung des Mindestentgelts

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bis zur vollständigen Leistungserbringung jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers die Grundlage für seine Zahlungsverpflichtung des Mindestentgelts i.S.d. § 4 Abs. 1 NTVerG offenzulegen und Kontrollen über die Einhaltung und Umsetzung dieser Zahlungsverpflichtung zu ermöglichen. Zu diesem Zweck hat der Auftragnehmer die zur Kontrolle erforderlichen Unterlagen, Arbeitsnachweise der Beschäftigten und Nachweise über Entgeltzahlungen an die Beschäftigten, die zur Ausführung der Leistung eingesetzt sind, bereit zu halten und dem Auftraggeber jederzeit auf dessen Anforderung auszuhändigen. Um die Einhaltung der in Ziffer 1 und 2 genannten Vertragspflichten zu überprüfen, ist der Auftraggeber berechtigt, die im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere Leistungsorte/Baustellen und/oder Geschäftsräume zu betreten, Beschäftigte zu befragen, Einsicht in Unterlagen, insbesondere in Lohn- und Meldeunterlagen, Bücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen zu nehmen, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Beschäftigten hervorgehen oder abgeleitet werden können. Die Unterlagen sind nach Auftragserteilung vollständig und prüffähig bereit zu halten.

Die vorstehenden Pflichten sind mit Zuschlag Vertragsbestandteil. Sie gelten auch nach vollständiger Erfüllung der Hauptleistungspflichten durch den Auftragnehmer in entsprechender Anwendung des § 147 Abgabenordnung für zehn (10) Jahre nach Ende des Kalenderjahres, in dem die Hauptleistung des Auftragnehmers vollständig und vertragsgerecht erbracht wurde. Nach vollständiger Leistungserbringung wird der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Bereitstellung und Vorlage der o.g. Unterlagen setzen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Beschäftigten auf die Kontroll- und Nachweispflichten gegenüber dem Auftraggeber hinzuweisen. Ihm ist bekannt, dass die Umsetzung und Ausübung der Kontrollrechte durch den Auftraggeber nicht von der Einwilligung der Beschäftigten abhängt. Die Verpflichtung des Auftragnehmers zur Erfassung, Bereithaltung und Offenlegung der personenbezogenen Daten ist zur Prüfung der Verpflichtung zur Zahlung des vereinbarten Mindestentgelts erforderlich und gilt daher unabhängig davon, ob die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie sonstigen zur Auftragsausführung Beschäftigten ihre Einwilligung zur Erfassung und Offenlegung der personenbezogenen Daten erteilen.

Vorstehende Pflichten bestehen in gleicher Weise für eingesetzte Nachunternehmen und Verleihunternehmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von ihm eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen sowie etwaige dritte Nach- und Verleihunternehmen, die für die Ausführung des Auftrags eingesetzt sind, seinerseits auf Einhaltung der Vertragspflichten gem. Ziffer 1 und 2 zu kontrollieren und dem Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtungen auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen.

Die in Ziffer 2 genannte Pflicht zur Vorlage von Erklärungen von Nachunternehmen gilt nicht, sofern und soweit der Auftraggeber gemäß § 13 Abs. 3 NTVerG auf die Vorlage von Erklärungen verzichtet. Auch in diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, für die Zahlung des entsprechenden Mindestentgelts Sorge zu tragen und dies dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

4. Sanktionen/Vertragsstrafe/Kündigungsrecht

Die Vertragspartner vereinbaren für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers und der von ihm oder durch seine Nach- oder Verleihunternehmen beauftragten Nach- oder Verleihunternehmen gegen die vorstehend erfassten Vertragspflichten gem. Ziffer 1, 2 und Ziffer 3.2 die Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 1 vom Hundert des Auftragswertes netto - basierend auf dem Auftragswert im Zeitpunkt der Beauftragung; bei mehreren Verstößen gegen die Vertragspflichten auf Grundlage des § 4 Abs. 1 NTVerG darf die Summe der Vertragsstrafen 10 vom Hundert des Auftragswertes nicht überschreiten.

Diese Vertragsstrafenregelung bezieht sich explizit ausschließlich auf schuldhafte Vertragspflichtverstöße im Zusammenhang mit den vorgenannten Vertragsregelungen der Ziffern 1, 2 und 3.2, die auf den gesetzlichen Regelungen des NTVerG basieren. Die Vereinbarung von Vertragsstrafen für andere Verstöße gegen Vertragspflichten, etwa über die Vereinbarung von Terminen und Fristen, bleibt hiervon unberührt.

Schuldhaft ist auch ein Verstoß gegen Vertragspflichten, der durch Nach- oder Verleihunternehmen begangen wird, wenn und soweit dieser Verstoß als schuldhafter Verstoß des Auftragnehmers gegen eigene Nebenpflichten einzuordnen ist. Dies ist dann nicht der Fall, wenn der Auftragnehmer schlüssig nachweist, dass er die Einhaltung der Mindestentlohnungspflichten durch die eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen regelmäßig kontrolliert und sichergestellt hat. Die Zahlung einer Vertragsstrafe wird daher auch für den Fall vereinbart, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen oder ein Verleihunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste. Den Vertragsparteien ist bekannt, dass das Gebot der Verhältnismäßigkeit bei der Verwirkung der Vertragsstrafe zu beachten ist und die Vertragsstrafe vom Auftraggeber auf Antrag des Auftragnehmers auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt werden kann.

Neben der Vertragsstrafenregelung vereinbaren die Parteien für den Fall der schuldhaften und nicht nur unerheblichen Nichterfüllung der sich aus den in Ziffer 1, 2 und 3.2 genannten Vertragspflichten durch den Auftragnehmer oder durch einen von diesem oder einem Nach- oder Verleihunternehmen eingesetzten Nach- oder Verleihunternehmen das Recht des Auftraggebers zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. § 8 VOL/B und etwaige andere vertragliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

Der Auftragnehmer informiert die eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen über die drohenden Sanktionen im Fall schuldhafter Verstöße gegen die in Ziffer 1, 2 und/oder 3.2 vereinbarten Verpflichtungen.

Besondere Vertragsbedingungen**(- Regelungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben der §§ 13 bis 15 NTVergG -)**

Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass der Auftraggeber die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 21 MiLoG, nach § 23 AEntG und nach § 16 AÜG zuständigen Stellen über Verstöße des Auftragnehmers bzw. der Nach- oder Verleihunternehmen gegen die auf Grundlage des § 4 Abs. 1 NTVergG vereinbarten Mindestentgeltregelungen informieren.

5. Rechtliche Hinweise und Regelung zur Teilnichtigkeit

Sollte eine der vorstehenden Regelungen unwirksam sein, bezieht sich die Unwirksamkeit ausschließlich auf die jeweilige Teilregelung und nicht auf die Vertragsregelungen insgesamt. § 139 BGB wird ausdrücklich abbedungen.

Leistung: Brücken bauen (Maßnahme im Sinne des § 16a SGB II)

Eigenerklärung

Ich/Wir erkläre(n), dass

- über mein/unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- ich mich/wir uns nicht in Liquidation befinde(n).
- ich/wir keine Verfehlungen begangen habe(n), die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt, insbesondere ich/wir mich/uns nicht an Preisabsprachen beteiligt habe/n bzw. beteiligen werden.
- ich / wir sicherzustellen, dass die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Personen nicht die „Technologie von L. Ron Hubbard“ anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten.
- ich/wir nicht rechtskräftig verurteilt worden bin/sind nach den §§ 129, 129a, 129 b (Bildung krimineller und terroristischer Vereinigungen) und nach den §§ 261 (Geldwäsche), 263 (Betrug), 264 (Subventionsbetrug), 334 (Bestechung) Strafgesetzbuch, Artikel 2 § 2 Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung sowie § 370 Abgabenordnung (Steuerhinterziehung).
- die von mir/uns für die Leistungen eingesetzten Personen die für die Leistungen erforderlichen beruflichen Befähigungen haben.

Entsprechende Nachweise können auf Verlangen vorgelegt werden.

Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir im Falle unzutreffender Erklärungen vom Wettbewerb ausgeschlossen werden kann/können.

(Datum, Unterschrift, ggf. Firmenstempel)

Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG

Diese Erklärung bezieht sich nur auf Leistungen zur Auftragsausführung, welche innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden.

Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Bau- oder Dienstleistungen

1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (ab 01.01.2025: 12,82 Euro/ ab 01.01.2026: 13,90 Euro) zu zahlen und
2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
 - den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
 - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
 - den auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
 - aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

Ort, Datum, Unterschrift / Firmenstempel*

*Nur erforderlich, wenn diese Erklärung nicht Bestandteil eines elektronisch signierten bzw. per Textform nach § 126b BGB eingereichten Angebotes ist, in diesen Fällen gilt die Erklärung automatisch als unterzeichnet.

Hinweis zum Einsatz von Nachunternehmern oder Verleihunternehmen

Soweit Nachunternehmen oder Verleihunternehmen eingesetzt werden sollen, müssen auch diese die obenstehende Erklärung gesondert vorlegen.



Öffentliche Ausschreibung
des Landkreises Rotenburg (Wümme),
Jobcenter Rotenburg (Wümme)
Kreishaus, Hopfengarten 2,
27356 Rotenburg (Wümme)

Vergabe- und Vertragsunterlagen zur öffentlichen Ausschreibung nach
§ 16a Abs. 1 Satz 2 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)

Ausschreibungs-Nr. 70/26/55

Brücken bauen

Inhaltsverzeichnis

Leistungsbeschreibung.....	4
Teil A Allgemeine Bedingungen	4
A.1 Allgemeines	4
A.2 Ausschluss von unzuverlässigen Bewerbern von der Teilnahme	4
A.3 Aufbau, Form und Inhalt	4
A.4 Gewerbliche Voraussetzungen/Berufsgenossenschaft.....	5
A.5 Trägerzulassung, fachliche Mindestvoraussetzung	5
A.6 Vergabemindestentgeltverordnung	5
A.7 Preisanpassungsklausel	Fehler! Textmarke nicht definiert.
A.8 Prüfung und Wertung der Angebote	5
Teil B Leistungsbeschreibung.....	7
B.1. Allgemeine Rahmenbedingungen für die Leistungsgestaltung und Durchführung.....	7
B.1.1 Zielsetzung und Einführung	7
B.1.2 Maßnahmenort und Erreichbarkeit	7
B.1.4 Anforderung an die Mitarbeiter	7
B.1.5 Weihnachten/Silvester	8
B.1.6 Abrechnungsmodus.....	8
B.1.7 Hinweis zur Umsatzsteuerregelung.....	8
B.1.8 Bewertung der Leistung	8
B.1.9 Abnahme der Anforderungen	8
B.1.10 Versicherung der Teilnehmer	9
B.1.11 Nachbesetzung mit Teilnehmern	9
B.1.12 Fahrkostenberechnung	9
B.2 Produktbezogene Leistungsbeschreibung	10
Allgemeine Anforderungen	10
Zentrale Handlungsfelder.....	10
Wichtige Abgrenzung	10
Übergabe an Fallmanagement / Jobcenter	11

➤ Methodischer Ansatz	11
➤ Rolle des Lotsen	11
➤ Erfolgskriterien	11
Fokus der Dokumentation	14
Berichte	15
B.3 Gliederung Konzept / Strategiepapier	17

Teil A Allgemeine Bedingungen

Bewerbungs- und Vergabebedingungen des Auftraggebers

für die Vergabe von Leistungen (einschl. gewerbliche Dienstleistungen und Lieferungen)

A.1 Allgemeines

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung der Bieterin oder des Bieters Unklarheiten, die die Preisermittlung beeinflussen können, so hat die Bieterin bzw. der Bieter den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in Textform über das Vergabeportal der Deutschen eVergabe (Bieterkommunikation) darauf hinzuweisen, auch wenn sie oder er den Hinweis schon vorher in anderer Form gegeben hat.

Die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Angaben beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die männliche als auch die weibliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Soweit in den Vergabeunterlagen nicht anders angegeben ist,

- sind mit Bedarfsträger die Grundsicherungsstelle im Sinne der §§ 6ff SGB II gemeint.
- ist mit Auftraggeber im Sinne der Vertragsausführung der Bedarfsträger im Sinne der §§ 6 ff SGB II gemeint.
- ist mit Auftragnehmer derjenige Bieter gemeint, der den Zuschlag auf sein Angebot im Rahmen des jeweiligen Vergabeverfahrens und des jeweiligen Loses erhalten hat.

Der Bieter ist verpflichtet, sich vor der Angebotsabgabe über die örtlichen Verhältnisse zu informieren und diese bei der Angebotskalkulation zu berücksichtigen.

Alle Preise sind jeweils exklusive und inklusive Umsatzsteuer in Euro anzugeben. Andernfalls wird das Angebot zwingend ausgeschlossen. Fällt keine Umsatzsteuer (Siehe B.1.7) an, dann sind die Bruttopreise gleich die Nettopreise. Die Angabe des Preises erfolgt unter dem Punkt Produkte/Leistungen und wird auf das Angebotsschreiben automatisch übertragen. Soweit Erläuterungen zur besseren Beurteilung des Angebots erforderlich erscheinen, können sie dem Angebot auf besonderer Anlage beigelegt werden. In den Vergabeunterlagen ausdrücklich erwünschte oder zulässige Änderungsvorschläge müssen auf einer besonderen Anlage gemacht und als solche deutlich gekennzeichnet und verbindlich unterschrieben werden. Werden Leistungen angeboten, die in den Vergabeunterlagen nicht vorgesehen sind, so müssen sie auf einer besonderen Anlage nach Ausführung und Beschaffenheit näher beschrieben werden. Auf Anlagen ist im Anschreiben hinzuweisen.

Der Bieter hat mit dem Angebot die Preismitteilung (**Urkalkulation**) grundsätzlich vorzulegen.

A.2 Ausschluss von unzuverlässigen Bewerbern von der Teilnahme

Es können Bewerber von der Teilnahme am Wettbewerb gemäß § 31 UVgO ausgeschlossen werden.

A.3 Aufbau, Form und Inhalt

Die Angebotsstruktur ist bei der Angebotsabgabe einzuhalten. Der Bieter erklärt sich bereit, im Bedarfsfall sein Angebot bei der zuständigen Stelle im angemessenen Umfang kostenfrei zu erläutern.

Das Angebot ist zwingend elektronisch über das Vergabeportal der Deutschen eVergabe (www.deutsche-evergabe.de) einzureichen. Das Konzept sowie erforderliche Unterlagen und

Erläuterungen werden als Datei im Rahmen der Angebotsabgabe in diesem Vergabeportal abgelegt. Die Anlagen können im Angebotsassistenten im Bearbeitungsschritt „Anlagen“ hinzugefügt werden.

Änderungen oder Berichtigungen der Angebote sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist über den Angebotsassistenten zulässig.

Angebote können bis zum Ablauf der Angebotsfrist über den Angebotsassistenten zurückgezogen werden.

A.4 Gewerbliche Voraussetzungen/Berufsgenossenschaft

Auf Verlangen hat der Bieter eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des entsprechenden zuständigen Versicherungsträgers vorzulegen, sowie einen Nachweis über den Eintrag im Berufsregister bzw. Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter seinen Sitz hat.

A.5 Trägerzulassung, fachliche Mindestvoraussetzung

Es wird eine Trägerzulassung gefordert. Laut § 176 SGB III bedürfen Träger der Zulassung durch eine Fachkundige Stelle, um Maßnahmen der Arbeitsförderung nach § 45 Absatz 4 Satz 3 Nummer 1 SGB III selbst durchzuführen oder durchführen zu lassen. Der Nachweis dieser Trägerzulassung ist mit dem Angebot vorzulegen. Bei einem Bieterkonsortium muss dieser Nachweis von allen Beteiligten vorgelegt werden.

Ist diese nicht vorhanden werden folgende fachliche Eignungskriterien als Mindestvoraussetzung an den Auftragnehmer gestellt:

- Fundierte Erfahrungen im Bereich der psychosozialen Betreuung.
- Der Auftragnehmer verfügt über ein Fortbildungskonzept und bildet seine Mitarbeiter regelmäßig fort.
- Der Auftragnehmer verfügt über eine/n Qualitätsbeauftragte/n und führt ein Fehler-Management durch.
- Der Auftragnehmer verfügt über Kooperationen und Vernetzungen mit einschlägigen Hilfeanbietern der Region.

Nachweise über die Eignungs- und Qualitätskriterien sind dem Angebot beizufügen.

A.6 Vergabemindestentgeltverordnung

Die Vergabemindestentgeltverordnung 2023 (VergMindV 2023) findet Anwendung.

A.7 Prüfung und Wertung der Angebote

Die in der produktbezogenen Leistungsbeschreibung der Vergabeunterlagen formulierten Kriterien sind vom Bieter auf jeden Fall zu erfüllen.

Das Konzept wird anhand folgender Matrix gegliedert und bewertet. Das Angebot mit der höchsten Punktbewertung erhält den Zuschlag:

Wertungsbereich:	A = Punkte	B = Faktor
1. Methode und Umsetzung der Vermittlung und der flankierenden Unterstützung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der TN.	(0/5/10)	2 (Zweifache Bewertung)
2. Innovation des Gesamtkonzepts	(0/5/10)	1 (Einfache Bewertung)
3. Regionale und überregionale Vernetzung des Auftraggebers zu den entsprechenden nachgelagerten Hilfeanbietern	(0/5/10)	3 (Zweifache Bewertung)

Inhalte, Zielerreichung und Methode werden anhand folgender Skala bewertet:

- 0 Punkte: Das Leistungsangebot erfüllt die Mindestanforderungen nicht
- 5 Punkte: Das Leistungsangebot erfüllt die Mindestanforderung
- 10 Punkte: Das Leistungsangebot übertrifft die Mindestanforderungen

Um die notwendige Qualität der Leistung sicherzustellen, wird das Leistungsangebot mit 0 Punkten bewertet, wenn die Anforderungen in der produktbezogenen Leistungsbeschreibung nicht erfüllt werden oder die Konzeption nicht schlüssig dargestellt wurde. Die gilt auch, wenn die aufgeführten Mindestanforderungen lediglich stichpunktartig – ohne weitere konzeptionelle Ausführung oder Aufgliederung – wiederholt werden. Das Angebot wird von der weiteren Prüfung und Wertung ausgeschlossen.

- 0 Punkte: Um die notwendige Qualität der Leistung sicherzustellen, wird das Leistungsangebot mit 0 Punkten bewertet, wenn die Anforderungen in der produktbezogenen Leistungsbeschreibung nicht oder teilweise nicht erfüllt werden oder die Konzeption nicht schlüssig dargestellt wurde. Das gilt auch wenn die aufgeführten Mindestanforderungen lediglich stichpunktartig – ohne weitere konzeptionelle Ausführung oder Aufgliederung – wiederholt werden. Das Angebot wird von der weiteren Prüfung und Wertung ausgeschlossen.
- 5 Punkte: Die Wertungsbereiche werden mit 5 Punkten bewertet, wenn die Anforderungen in der produktbezogenen Leistungsbeschreibung erfüllt sind und die Konzeption schlüssig dargestellt wird.
- 10 Punkte: Die Wertungsbereiche werden mit 10 Punkten bewertet, wenn die Anforderungen in der produktbezogenen Leistungsbeschreibung übertroffen werden, die Konzeption schlüssig dargestellt wird und einen überdurchschnittlichen Erfolg in Bezug auf die Erfüllung der geltenden Zielsetzungen verspricht.

Die Leistungspunkte ergeben sich aus der Addition der Punkte aus den oben aufgeführten Wertungsbereichen für das einzureichende Konzept. Hierbei wird jeder Wertungsbereich durch eine Bewertungsstelle bepunktet und ggf. der Mittelwert aus den Einzelbewertungen der Bewerber berücksichtigt. Die Berücksichtigung von Zwischenpunkten je Wertungsbereich (bspw. 7,5) ist daher möglich. Es folgt eine kaufmännische Rundung auf zwei Dezimalstellen.

Im nächsten Schritt wird das Preis-Leistungsverhältnis, der Preis pro Leistungspunkt ermittelt.

$$Y = \frac{P}{L} \quad \text{Legende:}$$

Y = Kennzahl für das Preis-Leistungsverhältnis
L = Gesamtsumme der Leistungspunkte
P = Gesamtpreis

Es folgt eine kaufmännische Rundung auf zwei Dezimalstellen.

Der nach dieser Vorgehensweise wirtschaftlichste Anbieter erhält den Zuschlag.

Der Zuschlag erfolgt schriftlich. Der Bieter ist bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden. Wird der Zuschlag auf ein Angebot rechtzeitig und ohne Abänderung erteilt, so ist der Vertrag mit Zuschlagserteilung zu den Vorgaben dieses Verfahrens auf der Grundlage des Angebotes rechtskräftig zustande gekommen.

Teil B Leistungsbeschreibung

B.1. Allgemeine Rahmenbedingungen für die Leistungsgestaltung und Durchführung

B.1.1 Zielsetzung und Einführung

Leistungsgegenstand ist die Konzeption und Durchführung von Leistungen im Sinne des § 16 a Nr. 3 SGB II im Auftrag des Landkreises Rotenburg (Wümme).

Zur Verwirklichung einer sowohl ganzheitlichen, als auch umfassenden Betreuung und Unterstützung unserer Teilnehmer, sind Leistungen der psychosozialen Betreuung zu erbringen. Zu diesem Zwecke leitet der Lotse, den Teilnehmer in das nachgelagerte Hilfesystem über.

B.1.2 Maßnahmenort und Erreichbarkeit

Die konkreten Maßnahmenorte sind unter B.2 „1. Standorte“ benannt und zwingend vorgeschrieben.

Der Ort der Leistungserbringung muss jeweils im Innenstadtbereich gelegen sein. Es muss eine gute Erreichbarkeit mit den öffentlichen Verkehrsmitteln für die Teilnehmer gegeben sein. Dies bedeutet, dass der Weg vom bzw. zum öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr als 15 Gehminuten entfernt sein darf. Sollte der Maßnahmeort mehr als 1,5 km vom Stadtzentrum (Rathaus) entfernt sein, hat der Bildungsträger für geeignete Mittel (Shuttleservice, Fahrräder o. a.) zur Sicherstellung der Erreichbarkeit Sorge zu tragen.

Während der Vertragslaufzeit hat der Auftragnehmer zu den üblichen Geschäftszeiten montags bis donnerstags von 08:00 Uhr bis 17:00 Uhr und freitags von 08:00 Uhr bis 15:00 Uhr die telefonische Erreichbarkeit sicherzustellen.

Eine Ablehnung eines zugewiesenen Teilnehmers ist durch den Auftragnehmer nicht möglich.

B.1.4 Anforderung an die Mitarbeiter

Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der ausgeschriebenen Leistung ist fachlich qualifiziertes und geeignetes Personal. Der Personaleinsatz muss quantitativ und qualitativ den Anforderungen der Leistungsbeschreibung entsprechen. Bei der Auswahl des Personals ist insbesondere auf personelle und soziale Kompetenzen (z. B. Motivationsfähigkeit, Kontaktfreude, Kreativität und Teamfähigkeit etc.) zu achten.

Eine Vertretungsregelung im Urlaubs- oder Krankheitsfall ist vom Auftragnehmer wie folgt zu organisieren. Bei Krankheit muss spätestens ab dem 3. Arbeitstag eine Vertretung zur Verfügung stehen, bei Urlaub ab dem 1. Urlaubstag.

Das für die Durchführung der Maßnahme erforderliche Personal ist im entsprechenden Umfang ab Vertragsbeginn vorzuhalten. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die von ihm zur Durchführung des der Maßnahme angegebene Personalkapazität gemäß seinem Angebot ausschließlich für die Leistungserbringung einzusetzen. Die angebotenen Personalkapazitäten dürfen durch andere Tätigkeiten des Auftragnehmers nicht eingeschränkt werden.

Im Rahmen der auszuübenden Tätigkeit im Rahmen der Maßnahme entfallen ca. 20% pro Vollzeitstelle auf Verwaltungstätigkeiten.

Der Nachweis (Lebenslauf und Qualifizierungsnachweise) des Personals hat spätestens eine Woche vor Vertragsbeginn gegenüber dem Auftraggeber zu erfolgen.

B.1.5 Weihnachten/Silvester

Fallen Heiligabend (24.12.) und Silvester (31.12.) nicht auf einen Samstag oder Sonntag, sind sie wie gewöhnliche Werktage zu behandeln. Die Maßnahme hat demnach grundsätzlich gemäß den Vorgaben unter B.2 stattzufinden. Gleiches gilt für sog. Brückentage zwischen Weihnachten und Neujahr (27.12., 28.12., 29.12., 30.12.).

Dem Auftragnehmer wird die Möglichkeit eröffnet, die Maßnahme an vorgenannten Tagen ganz oder teilweise ausfallen zu lassen, sofern die ausgefallenen Stunden kompensiert werden. Der Ausgleich kann entweder durch Verlegung auf andere Tage oder durch Verlängerung der Vertragslaufzeit insgesamt erfolgen. Möchte der Auftragnehmer von einer dieser Möglichkeiten Gebrauch machen, ist dies beim Auftraggeber bis spätestens 20.11. schriftlich oder elektronisch detailliert mitzuteilen, wie ein Ausgleich erfolgen könnte. Der Auftraggeber entscheidet sodann umgehend über den Ausgleich und teilt dies dem Auftraggeber binnen drei Werktagen mit.

B.1.6 Abrechnungsmodus

Grundlage für die Abrechnung ist der für diese Leistung vereinbarte Festpreis. Die Zahlung erfolgt durch den Auftraggeber in gleichbleibenden monatlichen Raten nachträglich. Der Auftragnehmer erstellt hierfür eine Rechnung. Die erste Monatsrate ist am Tag nach Ablauf des ersten Kalendermonats seit Leistungsbeginn fällig. Die Rechnungen sind zu richten an:

**Landkreis Rotenburg (Wümme)
Herr Schumann/Frau Eickhoff
Weicheler Damm 9-11
27356 Rotenburg**

B.1.7 Hinweis zur Umsatzsteuerregelung

Eine Bescheinigung über die Erfüllung der Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung gemäß § 4 Nr. 21 Buchst. a) Doppelbuchst. bb) des Umsatzsteuergesetzes erfolgt durch die zuständige Landesbehörde, nicht durch den Auftraggeber Landkreis Rotenburg (Wümme).

B.1.8 Bewertung der Leistung

Der Auftraggeber behält sich vor eine Leistungsbewertung der Maßnahme durch Teilnehmer vorzunehmen. Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass Teilnehmer die Bewertung in Ruhe und ohne direkte Aufsicht durch Personal der Maßnahme abgeben können.

B.1.9 Abnahme der Anforderungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, das Personal **1 Woche vor Vertragsbeginn** zur Abnahme durch das Jobcenter vorzuhalten. Die Abnahme erfolgt durch das Jobcenter des Landkreis Rotenburg (Wümme). Sollte das Personal nicht den Anforderungen entsprechen, wird eine Mängelrüge erteilt und eine Nachfrist von 7 Tagen gewährt. Sollten die Mängel nach 7 Tagen nicht beseitigt worden sein, behält sich das Jobcenter vor, dem Auftragnehmer den Auftrag zu entziehen und diesen an den nächstbesten Anbieter der Angebotsauswertung zu vergeben. Die dem Jobcenter dabei entstehenden Mehrkosten sind vom gerügten Auftragnehmer zu übernehmen.

B.1.10 Versicherung der Teilnehmer

Die Teilnehmer sind gemäß § 2 Absatz SGB VII und § 8 SGB VII auf dem unmittelbaren Hin- und Rückweg zum Durchführungsort sowie bei Arbeitsunfällen zu versichern. Die Verantwortung für die Unfallversicherung der Teilnehmer trägt der Auftragnehmer und ist auf Anforderungen des Auftragsgebers vorzulegen.

B.1.11 Nachbesetzung mit Teilnehmern

Ziel ist eine stetige Auslastung der angehenden Teilnehmerplätze während der Projektlaufzeit. Der Auftraggeber behält sich vor, freigewordene Teilnehmerplätze nach zu besetzen, um eine kontinuierliche Maximalbesetzung zu gewährleisten. Eine Nachbesetzung führt nicht zu einer gesonderten Abrechnung durch den Auftragnehmer.

B.1.12 Fahrkostenberechnung

Bei den Fahrkosten handelt es sich um Wege vom Zuhause des Maßnahmenteilnehmers zum Maßnahmenort, zu Anbietern des nachgelagerten Hilfesystems oder sonstigen Einrichtungen, in die der Lotse vermittelt. Es handelt sich somit um individualspezifische Ansprüche der Teilnehmer gegen den Bedarfsträger. Dieser entscheidet im Rahmen der Ermessensausübung über die Angemessenheit dieser Kosten. Über die Höhe der auszahlenden Kosten informiert der Bedarfsträger den Auftragnehmer.

Der Auftragnehmer erklärt sich mit der Angebotsabgabe bereit, die Abrechnung und Verauslagung der Teilnehmerkosten zu übernehmen, soweit diese ihren Anspruch an ihn abtreten.

Die Berechnung und Auszahlung der monatlichen Kosten der einzelnen Teilnehmer wird vom Auftragnehmer übernommen. Grundlage ist die vom Teilnehmer abgezeichnete Einzelkostenabrechnung, die auf einer vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Vorlage, bzw. durch einen Sammelüberweisungsträger, auf dem der Empfängername, die Bankleitzahl und Kontonummer bzw. SEPA-Daten, der Betrag in Euro, der Verwendungszweck, sowie die Fälligkeit aufgeführt sein muss, zu erfolgen hat. Berechnungsgrundlage ist die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Vorlage. Zur Abrechnung der Fahrtkosten mit dem Auftraggeber sind vom Auftragnehmer der Fahrtkostenantrag und die Fahrtkostenquittung jedes Teilnehmers, die Fahrkarten, die gezeichneten Abrechnungsvorlagen, sowie sonstige Stellungnahmen, bspw. zu Fahrten zu Hilfeanbietern, der Rechnung beizulegen. Zu hoch ausgezahlte Fahrtkostenbeträge durch den Auftragnehmer an einen Teilnehmer werden im folgenden Monat durch den Auftragnehmer mit dem Teilnehmer verrechnet.

Die Zahlung der verauslagten Teilnehmerkosten erfolgt durch den Auftraggeber nach Rechnungsstellung und Einreichung aller zur Abrechnung benötigten und o.g. Unterlagen. Sollten die einzureichenden Unterlagen unvollständig oder nicht korrekt ausgefüllt sein und/ oder nicht vollständig eingereicht werden, werden die Kosten vom Auftraggeber nicht abgerechnet.

Das konkrete Abrechnungsverfahren wird nach Zuschlagserteilung zwischen dem Auftragnehmer und dem Bedarfsträger abgestimmt. Hierbei können monatliche Abschlagszahlungen und eine Schlussabrechnung zu den verauslagten Kosten vereinbart werden.

B.2 Produktbezogene Leistungsbeschreibung

Allgemeine Anforderungen

1. Durchführungsorte	<p>Die Maßnahme wird an folgenden Standorten durchgeführt:</p> <ol style="list-style-type: none">(1) 27356 Rotenburg(2) 27404 Zeven(3) 27432 Bremervörde
2. Ziel & Aufgabenbereich	<p>Ziel der Maßnahme „Brücken bauen“ ist ausschließlich die strukturierte Heranführung und Überleitung der Teilnehmenden in geeignete Angebote des regionalen Hilfesystems.</p> <p>Der Auftragnehmer übernimmt hierbei eine steuernde und koordinierende Lotsenfunktion. Eine eigenständige psychosoziale, therapeutische oder beratende Behandlung findet nicht statt.</p> <p>Der Fokus liegt auf:</p> <ul style="list-style-type: none">• Identifikation von Unterstützungsbedarfen• Transparenz über bestehende Hilfsangebote• Abbau Zugangsbarrieren• Verbindliche Anbahnung und Sicherstellung von Erstkontakten <p>Zentrale Handlungsfelder</p> <ul style="list-style-type: none">• Aufbau einer themenbezogenen, zielgerichteten Kommunikation• Strukturierte Erfassung von Vermittlungshemmnissen (ohne therapeutische Bewertung)• Erstellung eines einfachen, handlungsorientierten Übergabe- bzw. Strategieplanes• Information über geeignete Hilfeangebote• Organisation und Unterstützung bei der Kontaktaufnahme (z. B. Terminvereinbarung)• Begleitung zu Erstterminen bei Bedarf• Nachhalten, ob eine Anbindung erfolgt ist• Abschlussgespräch zur Übergabe in das Hilfesystem <p>Wichtige Abgrenzung</p> <p>Nicht Bestandteil der Leistung sind insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none">• Psychologische Beratung oder Therapie• Diagnostik im klinischen Sinne• Langfristige psychosoziale Begleitung• Behandlung oder Stabilisierung im medizinischen/therapeutischen Sinne
3. Inhalte und Ablauf	<p>➤ Phase 1: Einstieg & Standortbestimmung (Termin 1–2)</p> <ul style="list-style-type: none">• Ressourcen- und Problemanalyse• Feststellung von Unterstützungsbedarfen

	<ul style="list-style-type: none"> • Zieldefinition gemeinsam mit dem Teilnehmenden <p>➤ Phase 2: Orientierung & Aktivierung (Termin 3–5)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Information über regionale Hilfsangebote • Unterstützung bei der Auswahl geeigneter Hilfen • Motivationsarbeit und Abbau von Zugangsbarrieren • Vorbereitung auf Erstkontakte (z. B. Gespräche, Unterlagen) <p>➤ Phase 3: Begleitung & Anbindung (Termin 6–7)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konkrete Kontaktaufnahme zu Hilfesystemen • Begleitung zu Erstterminen (bei Bedarf) • Nachbereitung und Stabilisierung der Anbindung <p>➤ Phase 4: Abschluss & Perspektivplanung (Termin 8)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reflexion des bisherigen Prozesses • Sicherstellung der weiteren Anbindung • Entwicklung nächster Schritte Richtung Stabilisierung/Integration <p>Übergabe an Fallmanagement / Jobcenter</p> <p>➤ Methodischer Ansatz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Individuelle, ressourcenorientierte Begleitung • Niedrigschwelliger Zugang • Systemisches Arbeiten • Motivierende Gesprächsführung • Netzwerkarbeit mit regionalen Akteuren <p>➤ Rolle des Lotsen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Feste Ansprechperson über die geplanten Termine • Koordination der Hilfsangebote • Dokumentation des Fortschritts • Schnittstelle zwischen Teilnehmenden und Hilfesystem <p>➤ Erfolgskriterien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erfolgreiche Anbindung an mindestens ein Unterstützungsangebot • Verbesserung der persönlichen Stabilität • Erhöhte Mitwirkungsbereitschaft • Perspektivplanung im Anschluss <p>➤ Organisation & Umsetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Flexible Terminvereinbarung • Durchführung in geeigneten Beratungsräumen oder im öffentlichen Raum • Enge Abstimmung mit Jobcenter / Fallmanagement • Laufender Einstieg möglich • Dauer: pro Termin ca. 45 Minuten
--	--

4. Zielgruppe	<p>Erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach SGB II mit Unterstützungsbedarfen, insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • fehlende oder unklare Anbindung an Hilfesysteme • multiple Vermittlungshemmnisse • praktische Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme von Hilfen
5. Teilnehmer-gewinnung	<p>Die Zuweisung erfolgt durch den persönlichen Ansprechpartner (pAp).</p> <p>Übergabewege:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eigenständige Kontaktaufnahme, 2. Kontaktaufnahme durch Auftragnehmer nach Einwilligung, 3. Gemeinsames Übergabegespräch im Jobcenter, 4. Aufsuchend durch Lotsen bei geringer Auslastung und nach Absprache in Einzelfällen. <p>Regelmäßige Präsenztermine in den Jobcentern sind nach Absprache mit dem Auftraggeber zu gewährleisten.</p>
6. Ausführungs-frist	Die Maßnahme beginnt am 01.12.2026 und endet am 30.11.2027 .
7. optionale Vertrags-verlängerung	<p>Es sind zwei Vertragsverlängerung à jeweils 12 Monate wie folgt vorgesehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vertragsverlängerung vom 01.12.2027 bis 30.11.2028, soweit beide Vertragsparteien dieser bis spätestens zum 30.09.2027 schriftlich bestätigen haben und entsprechende Gelder durch den Haushalt des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Verfügung stehen. Erfolgt keine schriftliche Bestätigung, endet das Vertragsverhältnis automatisch am 30.11.2027. 2. Vertragsverlängerung vom 01.12.2028 bis 30.11.2029, soweit beide Vertragsparteien dieser bis spätestens zum 30.09.2028 schriftlich bestätigen haben und entsprechende Gelder durch den Haushalt des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Verfügung stehen. Erfolgt keine schriftliche Bestätigung, endet das Vertragsverhältnis automatisch am 30.11.2028.
8. Durchführungs-vorgaben	<p>Zu realisieren ist eine Vollauslastung über den gesamten Maßnahme Zeitraum mit 120 Teilnehmenden. Diese Anzahl ist wie folgt auf die Standorte zu verteilen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Rotenburg (Wümme): 60 TN ▪ Zeven: 30 TN ▪ Bremervörde: 30TN <p>Entscheidungen über die Besetzung von Teilnehmerplätzen oder einer Wiederbesetzung von freierwerdenden Teilnehmerplätzen fällt der Auftraggeber.</p> <p>Kernziel der Maßnahme ist eine konsequent zügige Überleitung des Teilnehmers in das regionale Hilfesystem.</p>
9. Durchführungs-kosten (fester Preis)	<p>Festpreis inkl. sämtlicher Nebenkosten für 12 Monate Laufzeit:</p> <p style="text-align: center;">100.000,- €</p> <p>Es handelt sich hierbei um einen nicht verhandelbaren Festpreis.</p>

10. Fahrtkosten	<p>Fahrtkostenberechnung Lotse</p> <p>In die Angebotskalkulation sind pro Jahr die Kosten für das Fahrzeug mit einer Laufleistung von 15.000 km zu berücksichtigen. Ein Fahrtenbuch ist entsprechend zu führen und bei Bedarf dem Arbeitgeber nachzuweisen.</p> <p>Fahrtkostenberechnung Teilnehmer</p> <p>Fahrtkosten der Teilnehmer sind nicht Teil des Angebotspreises und werden separat dem Auftraggeber monatlich in Rechnung gestellt.</p> <p>Weiterführende Informationen: siehe „B.1.12 Fahrkostenberechnung“</p>
11. Räumliche und technische Ausstattung	<p>Der Auftragnehmer soll eine persönliche Unterstützung in Rotenburg (Wümme), Zeven und Bremervörde für die o.g. Zielgruppe anbieten. Dafür müssen Beratungsgespräche (Einzelgespräche) in den Räumlichkeiten des Auftragnehmers stattfinden können. Dem Lotsen muss an jedem der drei Standorte mindestens ein Büro-/Besprechungsraum zur Verfügung stehen. Der Raum muss eine Mindestgröße von 15 qm aufweisen.</p> <p>Zur Ausstattung gehören: 1 Schreibtisch und 1 Schreibtischstuhl, 1 Besprechungstisch und 2 Stühle pro Raum. Zudem muss folgende technische Ausstattung vorgehalten werden: Mobiltelefon, Notebook, Fax, Scanner, Farbdrucker.</p> <p>Nach Absprache mit dem Teilnehmer kann eine Beratung auch im Rahmen einer aufsuchenden Beratung in der Wohnung des Teilnehmers oder in anderen öffentlichen Gebäuden am Wohnort des Teilnehmers erfolgen.</p> <p>Für das aufsuchende Angebot muss dem Lotsen ein Fahrzeug zur Verfügung stehen.</p>
12. Personalanforderungen	<p>Studium</p> <ul style="list-style-type: none"> - Studium im sozialen/pädagogischen Bereich oder vergleichbare Qualifikation. <p>Berufliche Erfahrung</p> <p><i>Vorausgesetzt wird:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Mindestens eine 2-jährige Erfahrung im Bereich der Beratung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. <p><i>Darüber hinaus ist wünschenswert:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Eine Weiterbildung zum systemischen Berater. - Erfahrung in den Bereichen Suchtberatung oder psychosoziale Beratung. - Erfahrung im Bereich des Screenings von Klienten in Bezug auf Sucht-, Schulden- oder psychosoziale Problemlagen. <p>Besondere Fähigkeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausgeprägte Sozialkompetenz. - Hohe Fähigkeit, Klienten zu motivieren unter Ausstrahlung einer positiven Lebenseinstellung. - Teamfähigkeit. - Organisationsvermögen.

	<ul style="list-style-type: none"> - Lösungsorientierte Arbeitsweise. - Hohes Maß an Vertrauenswürdigkeit und Verbindlichkeit. - Fähigkeit zum selbstständigen Arbeiten. - Kommunikationsfähigkeit und Durchsetzungsvermögen. - Strategisches Denken und Handeln. - Fähigkeit zur interdisziplinären Zusammenarbeit. - Interkulturelle Kompetenzen und die Fähigkeit, diese auf die aktuelle Situation des Teilnehmers zu übertragen. - Führerschein Klasse B <p>Zeiten während einer Berufsausbildung und eines Studiums gelten nicht als Berufserfahrung.</p> <p>Fach- und Führungskräfte, die aufgrund ihrer Berufserfahrung, ihrer guten Kontakte zur regionalen Wirtschaft und ihrer langjährigen Erfahrung in der – auch ehrenamtlichen – Arbeit besonders geeignet erscheinen, sind im Einvernehmen mit dem Auftraggeber zugelassen.</p> <p>Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass das eingesetzte Personal über den für die Durchführung der Maßnahme erforderlichen aktuellen fachlichen und pädagogischen Wissensstand verfügt.</p> <p>Dem Grundsatz der Kontinuität des Personals ist durch festangestellte Arbeitnehmer für die Vertragslaufzeit Rechnung zu tragen. Festangestellt bedeutet, dass die zwischen dem Auftragnehmer und seinen Mitarbeitern geschlossenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverträge nicht einen geringeren Zeitraum als die vorgesehene Vertragslaufzeit umfassen dürfen. Minijobs im Sinne § 8 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) gehören nicht zum festangestellten Personal.</p> <p>Der Auftragnehmer stellt zudem sicher, dass Personalkapazitäten für einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen Auftragnehmer und Bedarfsträger sowie zur Durchführung von Fallbesprechungen und Fallkonferenzen unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zur Verfügung stehen.</p> <p>Da sich unter den zuzuweisenden Teilnehmern Jugendliche befinden können, muss die persönliche Eignung des Auftragnehmers und seiner mit der Maßnahme betrauten Mitarbeiter im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vorliegen. Persönlich nicht geeignet ist insbesondere, wer wiederholt oder schwer gegen das BBiG oder die aufgrund des Gesetzes erlassenen Vorschriften und Bestimmungen verstoßen hat. Durch die Abgabe des Angebotes wird seitens des Bieters zugesichert, dass die Eignung im Sinne des BBiG bei ihm und seinen mit der Maßnahme betrauten Mitarbeitern vorliegt.</p>
13. Dokumentation	<p>Fokus der Dokumentation</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nachweis der Überleitungsaktivitäten • Dokumentation der Kontaktaufnahmen • Status der Anbindung an Hilfesysteme

	<p style="text-align: center;">Teilnehmer-Berichte</p> <p>Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer für die folgenden geforderten Tn-Berichte Vorlagen im Excel-Format vier Wochen vor Maßnahmenstart zur Verfügung, die durch den Auftragnehmer zu nutzen sind.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) <u>Zielplanung</u> (Fokus: Überleitung). Der Bericht ist spätestens nach dem 3. durchgeführten Teilnehmertermin zu erstellen und binnen drei Werktagen an den Auftraggeber zu übermitteln. 2) <u>Zwischenberichte</u> (Stand der Anbindung). Ist der Tn nach dem 3. Gespräch nicht ins Hilfesystem übermittelt, so ist im 2-Monats-Takt eine entsprechende Information an den Auftraggeber zu übermitteln. 3) <u>Meldung Überleitung</u> (Ergebnis der Überleitung) Nach Überleitung ins Hilfesystem ist dem Auftraggeber binnen 3 Werktagen die Meldung zu übermitteln. <p style="text-align: center;">Anwesenheitsliste</p> <p>Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Anwesenheitstabelle (wird vom Auftraggeber im Vorfeld der Maßnahme als Excel-Dokument bereitgestellt) entsprechend der Legende zu führen.</p> <p style="text-align: center;">Auslastungsgrad</p> <p>Um eine angestrebte Vollauslastung zu erreichen, übersendet der Auftragnehmer jeweils zum 01. und zum 15. eines jeden Monats eine E-Mail mit folgende Information</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ wie viele Tn-Plätze aktuell besetzt sind/frei sind, ▪ wie viel Tn-Plätze innerhalb der nächsten 14 Tage voraussichtlich frei werden, ▪ wie viele Tn-Plätze in Summe seit Start der Maßnahme besetzt wurden ▪ Summe der durchgeführten Termine seit Start der Maßnahme, unterteilt nach durchgeführten persönlichen Termine, telefonisch geführten Termine, nicht erfolgte Termine (unentschuldigt/entschuldigt)
14. Maßnahme-Flyer	Vom dem Auftragnehmer ist in Absprache mit dem Auftraggeber ein Infoblatt im PDF-Format zu erstellen. Dieses ist vier Wochen vor Maßnahmenbeginn dem Auftraggeber zu übersenden.
15. Daten-sicherheit	<p>Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften zum Sozialdatenschutz einzuhalten. Erstellte Berichte sind sicher vor dem Zugriff Dritter zu speichern.</p> <p>Der Auftragnehmer ist verantwortlich für die Verschlüsselung schützenswerter Daten. Mit dem Auftraggeber ist das entsprechende Verfahren abzustimmen.</p>

16. Teilnehmerbezogenes Monitoring	<p>Folgende Punkte müssen durch den Auftragnehmer erhoben werden und dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Teilnehmerbezogenes Monitoring: <ul style="list-style-type: none"> • Auslastungsgrad (Anzahl gesamt; im Bestand aus Vorjahr, Neuzugänge) • Anzahl Beratungstermine (Vorjahr, aktuelles Jahr) • Teilnehmer: erfolgreich gestartet, Tn die abgebrochen haben, Tn, die ins Hilfssystem überführt wurden, Teilnehmer-Verweildauer in der Maßnahme • Welche Themen(-Gruppen) standen im Vordergrund/wurden angesprochen (sozial-familiär, Gesundheit psychisch, persönlich/Motivation, Materielle Grundbedürfnisse, emotional/psychisch) • In welche Hilfsangebote wurde überführt (wie oft wurden in welches Hilfesystem überführt?) • Nach Abschluss der Maßnahme: 14 Tage nach Maßnahmenende (spätestens zum 15. Dezember) übergibt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Zusammenfassung des o.g. Monitoring. <p>14 Tage nach Maßnahmenende (spätestens zum 15. Dezember) übergibt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Zusammenfassung der o.g. Werte Die Datenerhebung basiert überwiegend aus der „Prozessbasierten Auswertung“ (Excel basierte Vorlage wird vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt).</p>
17. Monitoring Hilfenetzwerk	<p>Folgende Punkte müssen durch den Auftragnehmer erfüllt werden und dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine aktuelle Kontaktliste des Hilfssystems wird vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt und halbjährlich vom Auftragnehmer aktualisiert und unaufgefordert dem Auftraggeber übermittelt. • Erfassung und Beurteilung des Hilfssystems: welche Angebote existieren, welche sind dazugekommen, welche fehlen, welche sind unzureichend (lange Wartezeiten ab 3 Monate, welche sind qualitativ nicht zielführend) <p>Nach Abschluss der Maßnahme: 14 Tage nach Maßnahmenende (spätestens zum 15. Dezember) übergibt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Bewertung des aktuellen Hilfsnetzwerkes hinsichtlich einer politischen Handlungsempfehlung: welche Angebote fehlen gänzlich, welche Angebote sollten weiterausgebaut werden sowie eine Handlungsempfehlung, wie die Landschaft des Hilfssystems als Ganzes und in der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren optimiert werden kann.</p>
18. Personalübersicht	<p>Kontaktliste Personal Auftragnehmer</p> <p>Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber eine Woche vor Maßnahmenbeginn eine Kontaktliste von seinem Maßnahmenpersonal wie auch dem verantwortlichen Datenschutzbeauftragten mit Name, Position, Tel (Fest/Mobil), Standort und E-Mailadresse zur Verfügung. Diese ist bei Personaländerung unverzüglich dem Auftraggeber zu übersenden.</p>

19. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Aktivitäten des Auftragnehmers hinsichtlich einer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – bezogen auf diese Maßnahme – bedarf grundsätzlich einer Abstimmung mit dem Auftraggeber. Dazu gehören insbesondere vom Auftraggeber verfasste Artikel für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wie auch Presstetermine, zu denen der Auftraggeber eingeladen werden muss.
--	--

B.3 Gliederung Konzept / Strategiepapier

Ziel der Leistung ist eine von Teilnehmern mit psychosozialen Belastungen Überleitung in das vorhandene Hilfesystem. Langfristiges Ziel ist eine Erhöhung der Integrationschance der zugewiesenen Personen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Hierfür sind entsprechende Methoden und Strategien anzuwenden. Die Umsetzung der Maßnahme ist in einem Konzept gemäß A.7 Wertungsbereiche darzustellen.

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

22.05.2026

Verfahren: 70/26/55 - Brücken bauen (Maßnahme im Sinne des § 16a SGB II)

SKONTO

Skonto kann gesondert angeboten werden, wird allerdings bei der Wertung der Angebote nicht berücksichtigt.

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	Maßnahmepreis gesamt	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		0%	1,00	Pauschale	100.000,00 (Festpreis)	100.000,00
	Gemäß Leistungsbeschreibung. Es gilt ein Festpreis von 100.000 € / Jahr für die Maßnahme, siehe Nr. 8 der Leistungsbeschreibung					pro 1,00 Pauschale
	Der ausgewiesene Preis gilt jeweils für ein Kalenderjahr. Beim dargestellten Gesamtpreis handelt es sich um einen Brutto-Festpreis. Eine ggf. anfallende Umsatzsteuer ist hier nicht auszuweisen und verändert nicht den Bruttoendpreis. Eine Bescheinigung über die Erfüllung der Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung des Umsatzsteuergesetzes erfolgt durch die zuständige Landesbehörde, nicht durch den Landkreis Rotenburg (Wümme).					

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 70/26/55 - Brücken bauen (Maßnahme im Sinne des § 16a SGB II)

EIGNUNGSKRITERIEN

Keine Eignungskriterien festgelegt.

LEISTUNGSKRITERIEN

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
-----	-----------	-------	-----------